

Oskar Lafontaine

Plädoyer für die behauptung Europas

# WESTEND

### Oskar Lafontaine

## Ami, it's time to go!

Plädoyer für die Selbstbehauptung Europas

WESTEND

Mehr über unsere Autoren und Bücher: www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN: 978-3-86489-406-0

© Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2022

Umschlaggestaltung: Johannes Bröckers

Lektorat: Philipp Hadermann

Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck

Printed in Germany

## **Inhalt**

Kein Nuklearkrieg in Europa!	
Wir müssen uns aus der Vormundschaft	
der USA befreien	7
Gedanken zum Krieg	45
Anmerkungen	59

## Kein Nuklearkrieg in Europa! Wir müssen uns aus der Vormundschaft der USA befreien

Langsam, aber sicher kippt die Stimmung in der Bundesrepublik. Von Tag zu Tag sind immer weniger Leute bereit, die anhaltende Kriegshetze so ohne Weiteres mitzumachen. Sie erfahren von dem großen Leid, das in der Ukraine verursacht wird, und hören die täglichen Forderungen des CDU-Vorsitzenden Merz, der FDP-Politikerin Strack-Zimmermann oder des Grünen-Abgeordneten Hofreiter, immer mehr Waffen in die Ukraine zu liefern. Leider gibt der sozialdemokratische Bundeskanzler Olaf Scholz nach anfänglichem Zögern immer wieder klein bei und liefert. Den Vogel abgeschossen hat erneut unsere Außenministerin Annalena Baerbock, die ihre Forderung, die Ukraine mit weiteren Waffen und Leopard-Panzern auszustatten, damit begründete, dass deutsche Waffen Leben retten würden. Da fehlen einem die Worte.

Die Älteren erinnern sich noch daran, dass Hitlers Überfall auf die Sowjetunion 27 Millionen Menschen das Leben gekostet hat, darunter viele Millionen Russen und Ukrainer. Am 27. Januar 2014 hatte der 95-jährige Überlebende der Belagerung Leningrads, Daniil Granin, die Abgeordneten des Deutschen Bundestages an die Inschrift eines russischen Soldaten an den Wänden des Reichstages erinnert: »Deutschland, wir sind zu dir gekommen, damit du nicht mehr zu uns kommst.«¹ Und jetzt sollen wir wieder Waffen liefern, damit das Morden in der Ukraine endlos weitergeht, mit deutschen Waffen Russen getötet werden und die Ukraine den Krieg gegen Russland gewinnt?

Die Belesenen glauben ohnehin nicht an die Alleinschuld Russlands. Sie erinnern sich an das Gorbatschow gegebene Versprechen, die NATO nicht nach Osten auszuweiten. Sie wissen, dass die USA 2014 einen Putsch auf dem Maidan organisiert und finanziert haben, um eine Marionettenregierung einzusetzen, die die endgültige Aufnahme der Ukraine in die NATO vorantreiben würde. Zu verlockend war für die Hardliner in Washington die Vorstellung, nach den Raketenbasen in Polen und Rumänien jetzt auch Raketen an der ukrainisch-russischen Grenze aufstellen zu können. Unvergessen ist in diesem Zusammenhang das schamlose Märchen der USA, die Raketen in den osteuropäischen Staaten würden stationiert, um iranische Raketen abzufangen. Und selbstverständlich druckte die westliche Propagandapresse diese dämlichen Erklärungen ab, ohne sie infrage zu stellen, geschweige denn zu kritisieren. Das Pentagon kann jede Lüge verbreiten - die westlichen Medien werden sie schlucken. Raketen ohne Vorwarnzeiten sind so etwas wie das Messer am Hals des jeweiligen Gegners. Sie sind die glaubwürdige Drohung,

mit einem Schlag die politische Führung und die militärischen Kommandozentralen des Gegners auszuschalten. »Nicht wer zuerst zu den Waffen greift, ist Anstifter des Unheils, sondern wer dazu nötigt«, schrieb schon vor 500 Jahren der Florentiner Nicolo Machiavelli.

Die von Willy Brandt geprägte Entspannungspolitik, die uns jahrzehntelang Frieden und Sicherheit gebracht hat, wurde Zug um Zug aufgegeben.2 Die Ampel-Regierung unterstützt seit ihrem Regierungsantritt vorbehaltlos die aggressive Politik der USA. Ein Sanktionspaket nach dem anderen wurde beschlossen, um Putin zu bestrafen. Der mit Sanktionen geführte Wirtschaftskrieg gegen Russland begann spätestens 2017, lange vor dem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine. Senat und Kongress in Washington beschlossen ein Gesetz, das zum Ziel hatte, den russischen Einfluss in Europa und Eurasien zurückzudrängen. 2018 nahmen die USA Nordstream 2 in den Fokus.<sup>3</sup> Gesetzlich wurde festgelegt, dass die Sanktionsbeschlüsse der USA in Zukunft internationales Recht seien. und Verstöße dagegen zivilrechtlich und strafrechtlich in den USA verfolgt würden. In der Klausel 257 dieses Gesetzes wurde bestimmt, dass es das Ziel dieses Gesetzes sei. dem Export von US-Energieressourcen Vorrang vor anderen Exportströmen zu verschaffen, um in den USA neue Jobs entstehen zu lassen. Schon im Dezember 2017 hatten Demokraten und Republikaner der Schweizer Firma Allsees, die die Rohre für Nordstream 2 verlegte, mit der Vernichtung gedroht, wenn sie nicht binnen 48 Stunden die Arbeit an der Pipeline einstellen würde. Die Firma

gab nach. Immerhin hatte der damalige österreichische Bundeskanzler Christian Kern den Mut. diese US-Gesetze als einen »eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht« zu brandmarken.<sup>4</sup> Ein mutiger deutscher Bundeskanzler hätte die Sprengung von Nordstream 2 jetzt eine Kriegserklärung an Deutschland genannt.

Mittlerweile merken viele Bundesbürger: Diese Sanktionen sind vor allem ein Schuss ins eigene Knie. Sicher, die russische Wirtschaft leidet und hat zunehmende Schwierigkeiten, aber hierzulande schießen die Energiepreise durch die Decke. Viele Leute können ihre Heizungskosten und die Strompreise nicht mehr bezahlen und wissen nicht, wie es weitergehen soll. Die deutsche Wirtschaft befürchtet eine Pleitewelle und fordert die Regierung auf eine Lösung zu finden. Aber - und das trauen sich die wenigsten auszusprechen: Ohne russische Rohstoffe und Energielieferungen werden wir unseren Wohlstand nicht halten können. Immer mehr Menschen werden verarmen und zahllose Betriebe werden schließen. Die Arbeitslosigkeit wird steigen. Sehenden Auges fährt die Ampel-Koalition die deutsche Wirtschaft an die Wand. Deshalb ist diese Regierung die dümmste, die wir hatten seit Bestehen der Bundesrepublik.

Ich möchte im Folgenden Wege aus dieser katastrophalen Lage aufzeigen. Dazu ist es notwendig, dass wir uns Klarheit darüber verschaffen, warum wir überhaupt in dieser Situation sind. Einen wichtigen Grund habe ich bereits genannt: Die Entspannungspolitik wurde aufgegeben und durch eine Politik der Konfrontation ersetzt. Das ist eine

erstaunliche Entwicklung in einem Land, das so hervorragende Erfahrungen mit der Ostpolitik Willy Brandts gemacht hat. Ich habe in meiner Jugend Physik studiert, da gingen wir nach folgender Methode vor: Man stellt eine Theorie auf und anschließend führt man ein Experiment durch. Das Experiment wird die Theorie entweder bestätigen oder widerlegen. Die Theorie, dass der Frieden in Europa nur durch Abrüstung und Annäherung dauerhaft gewährleistet werden kann, wurde durch das »Experiment Entspannungspolitik« jahrzehntelang bestätigt, weil es in dieser Zeit keinen Krieg in Europa gab. Doch in der heutigen deutschen Politik- und Medienlandschaft scheint dies kaum noch einer zu wissen.

Die Abkehr von der Brandtschen Entspannungspolitik begann bereits vor 30 Jahren, als Michail Gorbatschow die politische Bühne verließ und die Hardliner in Washington glaubten, jetzt könne man die Früchte des Zusammenbruchs der Sowjetunion ernten. Die USA brachen all ihre Versprechungen und weiteten die NATO nach Osten aus, obwohl US-Politiker wie George Kennan diese Osterweiterung den größten Fehler der US-Außenpolitik nach dem Kriege nannten.5 Die Osterweiterung, so der US-Diplomat, werde zu Militarismus und Nationalismus führen. Selten wurden die Folgen einer falschen Politik so präzise vorausgesagt. Wenn es in der Bundesrepublik jetzt jüngere Politikerinnen und Politiker gibt, allen voran die jetzige Außenministerin Annalena Baerbock, die meinen, die aktuelle Politik der Waffenlieferungen in die Ukraine würde zum Frieden führen, dann ist das ein unverzeihlicher Irrtum. Diese Politik der Konfrontation führt zur Zerstörung der Ukraine und zu vielen Tausenden Toten und kann in einem Dritten Weltkrieg enden. Deshalb müssen wir sie unverzüglich aufgegeben und wieder zur Entspannungspolitik zurückkehren.

Bevor man einen solchen Politikwechsel ausformulieren und dessen Realisierungschancen einschätzen kann, muss man zunächst versuchen, sich ein klares Bild von der geopolitischen Lage und den politischen Kräfteverhältnissen zu machen. Ausgangspunkt dieser Überlegungen muss die Rolle der USA sein, da sie die mit Abstand stärkste Militärmacht der Welt sind. Welche Rolle spielen die USA derzeit in der Welt?

Die Antwort darauf ist ganz einfach, aber sie wird in der Bundesrepublik Deutschland, von Politikern und Medien, ignoriert. Man redet darüber einfach nicht. Die stärkste militärische Macht handelt nach dem Motto: Ich bin die einzige Weltmacht und ich möchte die einzige Weltmacht bleiben. Daraus ergibt sich die Frage: Was tun sie, um dieses Ziel zu erreichen? Die Antwort steht in vielen US-Dokumenten, nur kommt offenbar kein deutscher Journalist auf die Idee, sie abzudrucken - von einigen Ausnahmen abgesehen. In zahlreichen US-Papieren steht nämlich unmissverständlich, dass aufkommende Rivalen kleingehalten werden sollen. So heißt es zum Beispiel in der sogenannten Wolfowitz-Doktrin von 1992: »Unser erstes Ziel ist es, das Aufkommen eines neuen Rivalen, sei es auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion oder anderswo, der eine Bedrohung in dem Ausmaße darstellt, wie die Sowjetunion es war, zu verhindern.«6 Die Rivalen, die heute gemeint sind, sind Russland, in zunehmendem Maße China und seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs auch Europa. Allerdings waren sich die europäischen Regierungen dieser Tatsache in der Regel nicht bewusst und folgten brav den Vorgaben Washingtons – auch dann, wenn diese zum Nachteil Europas waren. Besonders betroffen war Deutschland, die wichtigste Volkswirtschaft auf dem alten Kontinent. Es war erklärtes Ziel der USA, ein Zusammengehen der deutschen Technik mit den russischen Rohstoffen zu verhindern.

Was tun die USA also, um ihre Rivalen kleinzuhalten? Sie provozieren sie ständig, schüren Konflikte und tun alles, um diese vermeintlichen Gegner und Konkurrenten zu schwächen. In diesem Sinne äußerte sich auch Lloyd Austin, der US-Kriegsminister, auf der Konferenz in Ramstein, auf der die US-Vasallen ihre Beiträge zum Krieg in der Ukraine auf den Tisch legen mussten. Ich sage bewusst nicht Verteidigungsminister, denn einen amerikanischen Verteidigungsminister gibt es nicht. Die USA werden schließlich von keinem Staat angegriffen. Um ihre Interessen durchzusetzen und ihre Vorherrschaft zu sichern, führten die USA nach dem Zweiten Weltkrieg die mörderischen Kriege in Korea, Vietnam, Laos und Kambodscha oder in jüngerer Zeit im Irak, in Jugoslawien, Afghanistan, Syrien und Libyen. Vor diesem Hintergrund überrascht es kaum, dass der US-Kriegsminister in Ramstein sagte, wir wollen Russland so sehr schwächen, dass das Land sich davon nicht mehr erholen kann und dass es keinen Krieg mehr wie in der Ukraine führen kann.7 Gleichzeitig zündeln die USA immer weiter in Taiwan, in unmittelbarer Nähe zu China. um auch Peking herauszufordern. Sie führen gnadenlose Wirtschaftskriege, um ihre Rivalen zu schwächen.

Für all das brauchen die USA Vasallen, die ihre aggressive Außenpolitik mittragen. Zu den treuesten Vasallen gehören die Europäer, allen voran Deutschland. Deswegen haben wir die Lage, in die wir jetzt geraten sind. Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand: Wir müssen uns aus dieser Situation befreien. Wir können nicht eine Politik unterstützen, in der ein Staat sagt: »Ich muss alle anderen Staaten kleinhalten und muss sie durch Handelskriege schwächen, muss sie in ein militärisches Wettrüsten verwickeln oder Krieg gegen sie führen.« Dieses Bestreben der USA, die einzige Weltmacht zu sein und keinen ernsthaften Rivalen aufkommen zu lassen, bestimmt die weltpolitische Lage. Wer etwas anderes sagt, belügt die Leute, täuscht sie oder täuscht sich selbst.

Die desaströsen Folgen unserer Vasallenschaft bekommen wir aktuell im Ukraine-Konflikt zu spüren. Man nennt ihn »Ukraine-Krieg«, doch es handelt sich in erster Linie nicht um einen Krieg Russlands mit der Ukraine. Wir haben es mit einem Stellvertreterkrieg zu tun, mit Russland auf der einen und den Vereinigten Staaten auf der anderen Seite. Wenn man darüber nachdenkt, wie dieser Krieg überhaupt zustande gekommen ist, dann muss man die letzten Jahrzehnte betrachten. Dass der Wirtschaftskrieg gegen Russland schon vor Jahren begann, habe ich bereits erwähnt. Vor 30 Jahren hat Zbigniew Brzeziński, ehema-